

NR. 82

Newsletter des Europainstituts Basel, seines Fördervereins und seiner Alumni Association

Europainstitut Basel, Gellertstrasse 27, 4020 Basel, Tel: 061 317 97 67, www.europa.unibas.ch

Was bedeutet ein möglicher EU-Beitritt Islands für die EFTA, den EWR und die Schweiz?

Christa Tobler, Professorin Rechtswissenschaften, Europainstitut der Universität Basel

Dem Rütli als patriotischem Wallfahrtsort in der Schweiz entspricht in Island das Thingvellir, also der historische Versammlungsort des isländischen Parlaments. Es ist ein wunderschöner Ort: grüne Wiesen schmiegen sich um schroffe Felswände, glasklares Wasser fließt in vulkanisch entstandenen Bodenspalten und erlaubt den Blick in ungeahnte Tiefen mit märchenhaften Farben. Das Thingvellir ist aber nicht nur ein schöner, sondern auch ein eindrücklicher Ort, denn das isländische Parlament (heute „Althingi“ genannt) ist eine altehrwürdige Institution, die weit vor die (doch eher mythischen) Ereignisse auf dem Schweizer Rütli zurückreicht. Im Laufe seiner langen Geschichte hat das Althingi verschiedene äusserst bedeutsame Entscheidungen getroffen. Dazu gehört z.B. der in Thingvellir gefasste Beschluss im Jahr 1000, dass sich das Land dem christlichen Glauben zuwenden solle. Dazu gehört rund Tausend Jahre später auch der im heutigen Parlamentsgebäude ergangene Beschluss vom 16. Juli 2009, dass Island der Europäischen Union beitreten solle. Bekanntlich handelt es sich dabei um eine Folge der äusserst schwierigen Lage, in welche das Land wegen der Wirtschaftskrise geraten ist.

Kaum war in der Schweiz über den Beitrittsbeschluss berichtet worden, so erreichten mich in meinem Büro im Basler Europainstitut auch schon erste Presseanfragen dazu. Was denn nun diese Hinwendung zur EU für die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und letztlich auch für die Schweiz bedeute,

wollten die Presseleute wissen. Um diese Frage zu verstehen, muss man sich in Erinnerung rufen, dass die EFTA zur Zeit ihrer Gründung im Jahr 1960 aus immerhin sieben Mitgliedern bestand, darunter die Schweiz. Die EFTA konnte sich damals neben den drei Europäischen Gemeinschaften mit ihren sechs Mitgliedern durchaus sehen lassen. Heute besteht die Anfang der 1990er Jahre um die Gemeinschaften herum gebaute EU aus 27 Mitgliedstaaten. Die EFTA war zwar seit ihrer Gründung vorerst um drei weitere Mitglieder gewachsen, zählt aber seit der EU-Erweiterung von 1995, bei welcher einige EFTA-Länder in die EU wechselten, nur noch vier Länder, nämlich Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Davon nehmen drei (Island, Liechtenstein und Norwegen) am EWR teil. Tritt Island aus EFTA und EWR aus, so umfasst die EFTA nur noch drei Länder, wovon zwei zum EWR gehören. Für manche – z.B. die erwähnten Presseleute – stellt sich angesichts dieser Perspektive die Frage nach der Zukunft einer stets kleiner werdenden EFTA (einschliesslich der Schweiz als einer ihrer Mitgliedstaaten), und im Gefolge davon auch des EWR.

Diese Frage ist allerdings in erster Linie politischer Natur. Aus rechtlicher Sicht ist die Antwort einfach: ein Beitritt Islands zur EU und damit ein Austritt aus EFTA und EWR hat für letztere keinerlei unmittelbare rechtliche Folgen. Sowohl EFTA wie auch EWR sind auf völkerrechtlichen Verträgen beruhende internationale Organisationen, deren Bestand nicht von der Anzahl der Signa-

tarstaaten abhängt, so lange es sich um mindestens zwei Parteien handelt (weniger sind rein begrifflich nicht möglich). Tritt also Island aus EFTA und EWR aus, so bleiben diese Organisationen ganz einfach bestehen. Ihre rechtliche Auflösung könnte sich allenfalls aus einer entsprechenden Übereinkunft oder aus Kündigungen ergeben. Eine andere Frage ist aber die, ob es sich namentlich aus der Sicht der EU lohnt, mit dem EWR ein Quasiparallelsystem zum EG-Recht aufrecht zu erhalten, wenn damit die Einbindung von lediglich zwei europäischen Ländern (Norwegen und Liechtenstein) erzielt werden kann. Dazu kommt, dass ein weiteres europäisches Land, nämlich die Schweiz, durch ein im Vergleich zum EWR organisatorisch und rechtlich noch weit aufwendigeres und inhaltlich weniger paralleles System (nämlich das bilaterale Recht) mit der EU verbunden ist. Aus der Sicht der EU ist dies nicht ideal. In diesem Zusammenhang hilft es natürlich nicht, dass die beiden Parteien mit dem in den letz-



Europainstitut der Universität Basel
Gellertstr. 27
Postfach, 4020 Basel

ten Monaten immer wieder gehörten Stichwort eines möglichen „Rahmenvertrages“, mit welchem eine Vereinfachung des bilateralen Rechts erreicht werden könnte, durchaus Unterschiedliches meinen: die Schweiz stellt sich einen solchen Vertrag als eine Art Dach über die bestehenden bilateralen Verträge mit einem einzigen dafür zuständigen Gemischten Ausschuss vor, unter Beibehaltung des bisherigen Charakters

des bilateralen Rechts als grundsätzlich statischem System. Die EU dagegen könnte sich, wenn schon, wohl eher einen Rahmenvertrag vorstellen, der das bilaterale Recht von seinem statischen Charakter befreit und – ähnlich dem EWR-Recht – dynamisch werden lässt. Angesichts solch unterschiedlicher Zielvorstellungen erscheint zweifelhaft, ob hier in näherer Zukunft etwas erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund

ist es deshalb durchaus möglich, dass die EU die Beitrittsabsichten Islands auch und gerade darum so freudig zur Kenntnis genommen hat, weil hierdurch politische Breschen entstehen, welche sie in ihren künftigen Verhandlungen mit anderen europäischen Drittländern – darunter nicht zuletzt die Schweiz – hofft nutzen zu können. Ob und wie sich dies allenfalls verwirklichen wird, bleibt abzuwarten.

Die Finanzkrise



Die Finanzkrise: Was hat sie uns gelehrt?

Öffentlicher Vortrag von Prof. Niklaus Blattner, ehem. Vizedirektor der Schweizerischen Nationalbank, am 25. August 2009 am Europainstitut Basel.

Rolf Weder, Professor für Ökonomie am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum und am Europainstitut der Universität Basel

Mit diesem Thema trat Niklaus Blattner, ehemaliger Vizepräsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und emeritierter Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel, am 25. August 2009 im voll besetzten Hörsaal des Europainstituts auf. Wer hohe Erwartungen hatte, wurde nicht enttäuscht.

In einem ausgezeichneten Vortrag zeigte der Referent auf einfache Weise, und doch differenziert, die Ursachen und Konsequenzen der Finanzkrise auf. Ganz nebenbei kam das heterogene und interessierte Publikum auch noch in den Genuss einer Einführung in die Volkswirtschaftslehre, was zum Beispiel beim Thema „Geldpolitik“ einige „Aha-Effekte“ auslöste. Blattner zur Frage, wie denn die SNB durch Buchung Geld schaffen könne: „Geld ist eine Glaubensfrage“.

Die Ursachen der Finanzkrise sind weitgehend bekannt. Zahlreiche Agenten haben zum Ausbruch der Krise beigetragen – dazu gehören die Banken, die Manager, die Investoren, aber auch der Staat als Regulator und Liquiditätsversorger. Blattner verdichtete diese Erkenntnis: letztlich sei eine Blase ge-

platzt, welche die ganze Volkswirtschaft mitgerissen habe. Dies passiere immer wieder, weil die Menschen zu wenig lernen und zu schnell vergessen und weil sie letztlich stark „durch Lust und Angst getrieben“ würden.

Überwunden sei die Finanzkrise dabei noch nicht. Sie hat sich dank der Unterstützung durch den Staat zwar im Moment stabilisiert. Da über den internationalen Handel die ganze Weltwirtschaft angesteckt wurde, ist es möglich, dass über die steigenden Kreditrisiken und –ausfälle eine zweite Finanzkrise ausgelöst werden könnte.

Der Referent nahm ausführlich zum Krisenmanagement Stellung. So zeigte er zum Beispiel auf, wie Bund und SNB die UBS retteten und dass der Bund durch sein UBS-Engagement im Nachhinein einen Gewinn erwirtschaften konnte. Er wies auf die Schwierigkeiten in der praktischen Geldpolitik im Ab- und Aufschwung hin und meinte, dass die Verantwortlichen bei der SNB die Krise insgesamt erfolgreich gemeistert und dabei auch Mut bewiesen hätten. Eine grosse Herausforderung wird gemäss seiner Einschätzung der Rückgang zu

einer normalen, weniger expansiven Geldpolitik sein, wenn die Anzeichen einer Erholung sichtbar werden, gleichzeitig die Arbeitslosigkeit noch hoch ist und der Geschäftsgang aus individueller unternehmerischer Sicht noch nicht befriedigt.

Niklaus Blattner hofft, dass die Lehren aus der Krise gezogen wurden oder zumindest noch gezogen werden. Doch liess er durchblicken, dass hier berechtigte Zweifel bestehen. Es sei an sich allen klar, dass die Corporate Governance in Banken reformiert werden müsse. Und doch glauben einige – aufgrund der erneuten Gewinne im Investmentbanking in den letzten Wochen – man könne wieder zum Konzept „weiter so wie bisher“ zurückkehren. Auch wirkten die bestehenden Bankenregulierungen prozyklisch und basierten auf dem Prinzip der Detailsteuerung. Die Steuerung einer Bank könne aber nicht bei der Behörde liegen. Generell wirkende Regulierungen wie Eigenkapitalvorschriften wären besser.

Eine grosse Herausforderung stellt nach Ansicht des Referenten die Grösse der Banken dar. Solange gewisse Banken

für ein Land „too big to fail“ sind, muss der Staat einspringen. Dies begünstigt aber das zu risikofreudige Verhalten der Manager in diesen Banken. Das „One-Bank-Modell“ habe die Geschäftsleitung überfordert: „Alle müssen zusammenarbeiten, und doch machen alle, was sie wollen.“ Hier stellen sich fundamentale Fragen: soll ein Trennbankensystem eingeführt werden? Oder müssen die Banken in ihrem Wachstum beschränkt, das heisst generell verkleinert werden?

In der angeregten Diskussion betonte der Referent, dass auch die Wettbewerbspolitik gefordert sei. Man könne durchaus argumentieren, dass die Wett-

bewerbspolitik auch die Systemstabilität und damit die Grösse von Banken in ihrem Aufgabenportfolio berücksichtigen sollte. Zum Schluss betonte der Referent auf Anfrage nochmals, dass die Schweiz als Mitglied der EU in der Finanz- und Wirtschaftskrise bisher nicht besser gefahren wäre. Die Schweiz konnte so rascher entscheiden. Die Konjunktur- und Wachstumspolitik blieb massvoller, was im Falle des kleinen Landes Schweiz angebracht war und sich in Zukunft auszahlen wird.

Insgesamt zeigte der Vortrag, dass in Sachen Regulierung und Grösse des Bankensektors für ein Land wie die Schweiz

die Experten gefordert sind. Und in den Banken gilt es, sich wieder an den ökonomisch schon lange bewiesenen, von vielen aber verdrängten, Trade-off zwischen Risiko und Ertrag zu erinnern. Prof. Blattner dazu: „dies ist nicht eine Intelligenzfrage, sondern eine Charakterfrage.“

Der Vortrag von Niklaus Blattner markiert den Auftakt zu einer Reihe von Vorträgen am Europainstitut zum Thema der Finanz- und Wirtschaftskrise: „Schweiz: Bankpersonal und Wirtschaftskrise“ (Elie Planta, 1. Oktober 2009), „Reaktionen in der EU auf die Finanzkrise“ (Prof. Peter Bernholz, 5. November 2009).

The Villa at 27 Gellertstrasse

Dina Bonefacic-Mihaljek writes about the Europainstitute from an architect's perspective.

For more information about her „Architecture Walks and Talks“, visit: http://web.mac.com/dina_b_m

To many a newcomer, Basel's Gellert is an intriguing neighborhood. Walking along its streets one encounters stately villas and elegant row houses right next to modest apartment blocks and modernist high rises. Although the latter possess qualities of their own, it is Gellert's historicist architecture that seems to be admired the most. Elaborately detailed and ornamented, facades of the 19th century villas conjure images of gallant and noble lifestyle of the times past. For the most part however, these buildings' formerly residential interiors have been converted to efficient workspaces of today. Such a transformation also took place at 27 Gellertstrasse. Built originally as a residence for the banker Hermann La Roche and his family, fourteen years ago this impressive neo-baroque villa was turned into premises of Basel University's Europainstitut.

In 1873, when this villa was first constructed, it became part of a new streetscape created along Gellertstrasse, a street that had its origins in a narrow countryside road. For centuries it used to lead from St.Alban Tower - then part of Basel's medieval defense walls - into sparse yet forbidding woods whose main landmark was the gallows. It was only in mid-19th century that this area,

by then covered with fields and orchards, was deemed desirable for living. Basel's well-to-do families, eager to flee an increasingly industrialized, overcrowded and unhygienic old town, were in search of new grounds. In 1859, Carl Sarsin, an enlightened silk-ribbon industrialist, and Johann Jakob Stehlin d.Ä., a well-regarded architect and city mayor, developed a land-use plan for an area that would turn out to be Basel's largest and most prestigious 19th c. neighborhood - the Gellert.

St.Jakobstrasse and Gellertstrasse were two of this area's most distinguished streets. The latter, lined with trees and ornamented with two swan-topped fountains, was known as Basel's Via Triumphalis. It was flanked with generous gardens and grand residences built in a variety of historicist styles fashionable at the time. Quite often, choice of architectural "clothing" reflected not only their owners' financial means, but also their political or emotional preferences. For example, neo-gothic style was typically associated with religious and patriotic feelings, and neo-renaissance with civic mindedness. The most popular style, however, was neo-baroque. It implied a certain connection to the lifestyle of Basel's well-established "patrician" fami-

lies and their 18th c. baroque town palaces.

One of the architects well versed in a variety of historicist expressions was Johann Jakob Stehlin d.J. (1826-1894). In addition to important civic buildings such as the Kunsthalle, the Musiksaal and the Kaserne, he also designed numerous upper-class residences, including the villa at 27 Gellertstrasse. Its architectural language is typical of Stehlin's neo-baroque residential design. Fashioned as a representative "title page" of the whole house, this villa's perfectly symmetrical street façade is defined by a high roof and rusticated quoins. Its windows are ornamented with pilasters and keystones, rounded pediments and curling cartouches. The façade's middle axis is emphasized by a tripartite arrangement of openings that rest upon an elegant low terrace, the so-called perron. Its two slightly curving flights of stairs connect the whole architectural composition with the serene garden in front of it.

In spite of the symmetrical face presented to the Gellertstrasse, one enters the villa from its side. A grand vestibule leads to a series of representational rooms. As tradition dictated, closest to the entrance was the gentleman's cabinet or fumoir.

Next to it came the living room and then the salon, the largest and most distinguished room in the house, which opened further towards a spacious dining room. Meals were brought in from a nearby office that was connected to the kitchen situated on the floor below. Rooms used for such mundane functions had to be in souterrain so as not to diminish the grandness of the main floor. Domestic help, without which such lifestyle would

have been impossible, was housed underneath the roof.

Since it was first constructed, the villa at 27 Gellertstrasse has undergone several changes, including a 1896 addition of a veranda facing the garden to the north, as well as the more recent reconfiguration of spaces needed to suit Europainstitut's requirements. Still, much of historic detailing and furnis-

hing has been preserved. One can still delight in gilded curves of the elegant staircase, in scintillating chandeliers and ornately framed romantic paintings. The street façade continues to attract those walking by. Its stylized outline forms Europainstitut's emblem - an image that embodies a remembrance of the villa's past and makes it present in places far beyond Gellert.

Personelles

Wechsel der Assistenz Politikwissenschaften: Von Annina Bürgin zu Daniel Michel.



Auf Ende August 2009 habe ich das EIB nach fünfjähriger Tätigkeit als Assistentin des Fachbereichs Politikwissenschaften verlassen. Ich ging mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Auf der einen Seite bin ich glücklich, dass ich meine Dissertation zum Thema „Privatisierung von Sicherheit und Frieden? Einstellungen gegenüber Kooperationen von Streitkräften mit privaten Militärfirmen. Eine vergleichende Studie Deutschlands und der USA“ erfolgreich abschliessen konnte. Zudem kann ich auf fünf wunderbare Jahre zurückblicken, in denen ich ausserordentlich viel gelernt habe und in einem Arbeitsumfeld tätig sein konnte, das angenehmer nicht sein könnte. Auf der anderen Seite ist mir der Abschied nicht leicht gefallen, zumal ich nicht nur die Studierenden vermissen werde, sondern insbesondere meine Arbeitskolleginnen und -kollegen. Nach einem längeren Sprachaufenthalt werde ich zumindest teilweise der Universität Basel erhalten bleiben: Ich habe die Chance, im Frühlingsemester 2010 an der Uni Basel ein Seminar zu meinem Dissertationsthema durchzuführen. Da die Lehre mich immer begeistert hat, freue ich mich auf diese neue Aufgabe!



Seit Anfang September arbeite ich als Assistent im Fachbereich Politologie am Europainstitut Basel. Nach dem Bachelorstudium in Politikwissenschaft an den Universitäten Genf und Bern habe ich an der Universität Basel mit dem Master of Arts (MA) in European Studies abgeschlossen. Meine Masterarbeit befasste sich mit Normentransfers von der EU auf Drittstaaten. Während dem Studium in Bern konnte ich als Teilzeitmitarbeiter bei der Schweizerischen Friedensstiftung (swisspeace) praktische Erfahrungen im Bereich der politischen Frühwarnung und Friedensförderung sammeln. Seit Ende letzten Jahres arbeitete ich für das Europainstitut in unterschiedlichen Funktionen. Auf die neue Tätigkeit in den Bereichen Forschung und Lehre freue ich mich sehr.

Veranstaltungen

Europakolloquium

Do., 1. Oktober 2009, 18.15 Uhr

„Schweiz: Bankpersonal und Wirtschaftskrise“

Referentin: Ellie Planta, Präsidentin der Arbeitnehmervertretung der UBS.

Ort: Europainstitut der Universität Basel, Gellertstrasse 27.

Öffentlicher Vortrag

Mo., 12. Oktober 2009, 18.15 Uhr

„Die Zukunft der Pharmaindustrie in Europa“

Referent: Heinz Zourek, Generaldirektor der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission.

Ort: Kollegienhaus der Universität Basel, Petersplatz 1, Aula.

Europakolloquium

Do., 5. November 2009, 18.15

„Reaktionen in der EU auf die Finanzkrise“

Referent: Prof. Dr. Peter Bernholz, Universität Basel.

Ort: Europainstitut der Universität Basel, Gellertstrasse 27.